

Stand: 02.07.2025 15:24:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25138

"Bürger schützen - Klimaextremismus verurteilen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25138 vom 22.11.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25251 vom 23.11.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 127 vom 23.11.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner** und **Fraktion (AfD)**

Bürger schützen – Klimaextremismus verurteilen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die von der Gruppierung „Letzte Generation“ und assoziierten Gruppierungen wie „Scientist Rebellion“ verübten Anschläge auf Eigentum, Leib und Leben als extremistische Anschläge.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ressortübergreifendes Konzept für einen umfassenden Aktionsplan gegen weitere ökoextremistische Anschläge zu erarbeiten. Die mit der Strafverfolgung beauftragten Behörden sollen prüfen, ob die Beteiligten an derartigen Anschlägen auch wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 Strafgesetzbuch) verfolgt werden können. Vorfeldorganisationen sollen, soweit sie vereinsrechtlich organisiert sind, konsequent verboten, deren Finanzierung überprüft und sämtliche Geldflüsse gestoppt werden. Der Einsatz polizeilicher Ressourcen soll gemäß des Aktionsplans priorisiert werden. Darüber hinaus sollen die Kommunen rechtlich darin unterstützt werden, den entsprechenden Organisationen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen konsequent zu verwehren.

Begründung:

Seit einigen Monaten verüben deutschlandweit immer wieder Gruppierungen, die sich im strukturellen Umfeld der Vereinigung „Letzte Generation“ gebildet haben, Anschläge auf öffentliche und private Einrichtungen.¹ Sie blockieren Straßenzüge, verursachen erhebliche Beschädigungen der Verkehrsinfrastruktur² und hindern selbst Rettungskräfte am Fortkommen, infolgedessen mindestens eine Person bereits ums Leben kam.³ Auch Kunststeinrichtungen und private Geschäftsräume gehören zu den „bevorzugten“ Zielen dieser Gruppierungen.⁴

Schließlich handelt es sich aber um keine sporadischen und spontane Einzeltaten: Angesichts zahlreicher Anschläge ähnlicher Art ist davon auszugehen, dass es sich bei den Gruppierungen um kriminelle Vereinigungen handelt, die personell, finanziell und ideologisch ein gemeinsames Netzwerk bilden, die den öffentlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit insgesamt in erheblichem Maße gefährden. Mit ihren extremistischen Handlungsmustern demonstrieren die Gruppierungen zudem, dass sie den Rechtsstaat zutiefst ablehnen.

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/klimaprotest-109.html>; <https://www.ksta.de/podcast/wochentester/letzte-generation-klima-aktivisten-wollen-proteste-ausweiten-371909?cb=1668757047646>

² <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/11/blockade-flughafen-ber-privatjet-terminal-scientist-rebellion.html>

³ <https://www.tagesspiegel.de/politik/protest-der-letzten-generation-wie-gefahrlich-sind-die-klima-blockaden-8821660.html>

⁴ <https://www.tz.de/muenchen/stadt/hallo-muenchen/muenchen-scientist-rebellion-bmw-polizei-milberthofen-aktivisten-kleber-festgeklebt-91883598.html>

Von Teilen der grünen Medien und Politik werden die Mitglieder dennoch weiterhin als „Aktivisten“, ihre Anschläge als „Protest“ verharmlost. Dies verkennt, dass sich der modus operandi dieser Gruppierungen schon seit Wochen von bürgerlichen Protestformen massiv entfernt, sich vor allem zunehmend radikalisiert hat und auch der Anzahl nach neue Ausmaße annimmt. Mit dieser verharmlosenden Sichtweise wird auch der Grad der Vernetzung und die dadurch gewonnene Schlagkraft gegen die Sicherheitsbehörden verkannt.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Gruppierungen in die Bahnen rechtsstaatsgemäßen Protests zurückfinden; stattdessen kündigen sie immer weitere Anschläge an.⁵ Als Terroristen sind sie fasziniert von dualistischen Extremen: Tod oder Leben, Rettung oder Untergang. Sie treibt dabei ein erbarmungsloser Hass gegen alle, die auf rationale Handlungen setzen und auf demokratische Prozesse bestehen. – Es sind extremistische Auswüchse einer Stimmung, deren gesellschaftliche Basis der Mythos vom baldigen Klimatod der Erde ist.

Viel zu lange hat der Staat unter falscher Rücksichtnahme auf vorgeblich richtige Motive gezögert. Viel zu lange haben auch die Medien Vorfeldorganisationen wie „Fridays For Future“, deren Protagonistin Luise Neubauer oft genug ihr totalitäres Denken zum Ausdruck gebracht hat⁶, hofiert. Entschiedene Gegenwehr ist gefragt! Sie beginnt mit der richtigen Diagnose und der Entschließung des Landtags, die bisherigen Anschläge als extremistische Akte strengstens zu verurteilen.

Zugleich ist die Staatsregierung gefordert, endlich – in allen Ressorts – die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um künftige Anschläge zu verhindern. Dabei müssen die Möglichkeiten des Rechtsstaats noch entschiedener als bisher genutzt werden, indem insbesondere geprüft wird, ob die unmittelbar an den Anschlägen beteiligten Personen wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verfolgt werden können. Sämtliche Vorfeldorganisationen sind (einschließlich unterstützender Strukturen in Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen) konsequent zu ermitteln, soweit sie vereinsrechtlich organisiert sind, müssen diese verboten, in jedem Fall muss ihre Finanzierung erforscht und trockengelegt werden. Auch braucht es weit gefächerte Präventivmaßnahmen in Schulen und im Vereinswesen. Schließlich müssen die Kommunen rechtlich darin unterstützt werden, dass den extremistischen Gruppierungen keine öffentlichen Räume für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

⁵ https://rp-online.de/politik/deutschland/letzte-generation-will-aktionen-ausweiten_aid-80128919

⁶ <https://www.watson.de/nachhaltigkeit/interview/560048716-luisa-neubauer-verteidigt-klimaprotest-der-letzten-generation>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/25138

Bürger schützen – Klimaextremismus verurteilen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Christoph Maier

Abg. Toni Schuberl

Abg. Manfred Ländner

Abg. Ralf Stadler

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Horst Arnold

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner und Fraktion (AfD)

Bürger schützen - Klimaextremismus verurteilen! (Drs. 18/25138)

Ich kündige an, dass wir nach der Beratung über diesen Dringlichkeitsantrag die namentliche Abstimmung in der alten, analogen Form wiederholen werden.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Christoph Maier von der AfD-Fraktion das Wort. – Ich bitte das Auditorium um etwas mehr Ruhe.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 31. Oktober dieses Jahres verunfallte eine Radfahlerin in Berlin. Sie geriet unter die Zwillingshinterachse eines Betonmischers. Das Eintreffen von Spezialrettern mit einem Rüstwagen erfolgte mit einiger Verzögerung, da die Rettungsmaßnahmen von Klimaextremisten der selbsternannten "Letzten Generation" behindert wurden. Um die eingeklemmte und zu diesem Zeitpunkt noch lebende Radfahlerin zu befreien, musste der Betonmischer vom Bein der Radfahlerin heruntergefahren werden. Wäre der Rüstwagen schnell am Einsatzort gewesen, hätte der Betonmischer von der Radfahlerin gehoben werden können. Die zunächst hirntote Frau erlag wenige Tage später ihren lebensgefährlichen Verletzungen.

Der Abschlussbericht der Einsatzleitung kommt zu dem Ergebnis, dass die Rettungsmaßnahmen der verunfallten 44-Jährigen deutlich besser verlaufen wären, wenn die Spezialretter nicht acht Minuten wegen der Straßenblockade der Klimaextremisten im Stau gestanden hätten, sondern schon nach einer Minute gemeinsam mit dem Notarztwagen am Unfallort eingetroffen wären.

Dieses Ereignis in der Bundeshauptstadt bildet den Höhepunkt einer ganzen Serie von landesweiten illegalen Straßenblockaden durch die Gruppierung "Letzte Genera-

tion" und weitere klimaextremistische Organisationen. Wer jetzt allerdings gedacht hätte, diese Klimaextremisten würden sich für ihr Verhalten entschuldigen oder gar schämen, der täuscht sich. Ganz im Gegenteil: Einer dieser Rädelsführer der Klimaextremisten, Tazio Müller, rechtfertigte die Blockaden mit folgendem Tweet, den er später allerdings wieder löschen musste. Ich zitiere: "Scheiße, aber: nicht einschüchtern lassen. Es ist Klimakampf, nicht Klimakuscheln, & shit happens." Zitatende.

An dieser Äußerung zeigt sich, dass die Klimaproteste von einer menschenverachtenden und gewissenlosen Clique geführt werden, der unser Rechtsstaat mit aller Härte entgentreten muss.

(Beifall bei der AfD)

Auch in Bayern, speziell in München, wurde in den letzten Wochen immer wieder davon berichtet, dass Klimaextremisten mit ihren Aktionen den Straßenverkehr blockieren. So haben sich am vergangenen Montagmorgen, dem 21. November, fünf Personen an der Luitpoldbrücke auf der Straße festgeklebt. Sie wurden zwar von der Polizei vorläufig in Gewahrsam genommen, doch bereits im Laufe des Tages wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie blockierten daraufhin einige Minuten später den Verkehr an derselben Stelle ein zweites Mal.

Justizminister Eisenreich hat kürzlich gemeint, dass die Sanktionsmöglichkeiten des Rechtsstaates ausreichend seien. Wenn sie das wirklich sind, dann trägt er gemeinsam mit dem bayerischen Innenminister auch die Verantwortung dafür, dass sich unser Staat von diesen Klimaextremisten nicht länger auf der Nase herumtanzen lässt.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag wollen wir erreichen, dass diese Anschläge auf Eigentum, Leib und Leben vom Bayerischen Landtag endlich als extremistische Anschläge verurteilt werden. Wir fordern die Staatsregierung auf, einen umfassenden Aktionsplan gegen diese ökoextremistischen Organisationen zu erarbeiten. Dazu gehört, diese Organisationen als kriminelle Vereinigungen zu qualifizieren, die Vorfeldorgani-

sationen zu verbieten, die möglicherweise staatlichen Geldflüsse stillzulegen und den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen konsequent zu verwehren.

Die zunehmende Radikalisierung und Häufigkeit der rechtswidrigen Aktionen muss den Rechtsstaat jetzt auf den Plan rufen. Die bayerischen Bürger müssen jetzt vor diesen Klimaextremisten wirksam geschützt werden. Die Staatsmedien und die sonstige geleitete Presse müssen endlich aufhören, diese Straftäter als "Aktivisten" zu bezeichnen. Ihre Aktionen sind kein zulässiger Protest, sondern rechtswidrige und gemeingefährliche Sabotageakte. Die Klimaextremisten müssen gestoppt werden! Den Worten müssen endlich Taten folgen!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Maier, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Der Abgeordnete Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Schuberl, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Die AfD-Politikerin Ebner-Steiner hat einen Bußgeldbescheid gekriegt, weil sie am 1. Juni 2020 an einer nicht angemeldeten Demo teilgenommen hat. Ist die für Sie auch eine Terroristin?

(Ralf Stadler (AfD): Hat sie was gesperrt? Hat sie eine Straße gesperrt?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Maier, bitte.

Christoph Maier (AfD): Sie haben den Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion nicht verstanden. Es geht um klimaterroristische Aktionen und darum, dass Blockierer hier in München den öffentlichen Verkehr mit der Begründung, der Klimaschutz mache dies notwendig, lahmlegen wollen. – Das ist allerdings nur vorgeschoben. Es geht hier nicht um die Freiheitsrechte von Bürgern, die protestieren wollen. Es geht hier um Sabotageakte gegen die bayerische Wirtschaft und gegen unser Vaterland. Es geht schlussendlich um Sabotageakte gegen den Industriestandort Deutschland, die darin

münden, dass sogar Pipelines gesprengt werden sollen. Das alles wollen Klimaaktivisten in diesem Land veranstalten.

(Ralf Stadler (AfD): Klimaterroristen!)

Dafür müssen sie endlich die Quittung des Rechtsstaats bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Manfred Ländner von der CSU-Fraktion.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Es ist sicher kein Geheimnis, wenn ich sage: Wir lehnen den Antrag ab. Wir lehnen ihn nicht nur wegen des grenzwertigen Wordings ab; darauf werden anschließende Redner sicherlich eingehen. Der Antrag ist auch deshalb obsolet, weil wir einen wie auch immer gearteten Aktionsplan nicht brauchen.

Erstens. Wir brauchen keinen Aktionsplan, denn wir haben unseren Rechtsstaat – und in diesem Rechtsstaat unsere Gesetze, aufbauend auf einer Verfassung. Das ist eine Verfassung, die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative vorsieht. Wir als Legislative tun gut daran, uns nicht ins Geschäft der Judikative und der Exekutive einzumischen. Wir als Legislative definieren nicht, ob Handeln gesetzeswidrig ist, als strafrechtlich verfolgbar zu werten ist usw. Das ist nicht Aufgabe der Legislative.

Zweitens. Ich sage ganz deutlich: Unser Rechtsstaat tut sehr gut daran, Straftaten nicht in gute und schlechte Straftaten zu unterscheiden. Die Legislative macht in der Erwartung Gesetze, dass diese Gesetze eingehalten werden.

Drittens. Ich sage mit Blick auf die von den GRÜNEN heute am Thema vorbei geführte Debatte zum PAG und in vorausseilender Argumentation bezüglich des vermuteten Inhalts der Folgerede auch ganz deutlich: Weder das PAG noch die CSU haben den Gewahrsam gegen einige Demonstranten angeordnet. – Ja, wir haben im PAG unter Be-

achtung demokratischer Grundsätze eine Rechtsgrundlage geschaffen. Über die Anwendung und Durchführung dieser Rechtsgrundlage entscheiden Exekutive und Judikative. Das muss uns allen klar sein. Bei jeder Gewahrsamnahme in der letzten Zeit – das wird mit Sicherheit wieder Thema sein – hat ein Richter entschieden. Seit Beginn unseres Rechtsstaates hier in der Bundesrepublik Deutschland tut dieser Rechtsstaat gut daran, sich a) nicht auf der Nase herumtanzen zu lassen, b) konsequent zu bleiben, c) stolz auf eine unabhängige Justiz zu sein.

Ich sehe die Vorgänge im Umfeld der Aktionen dieser sogenannten Last Generation bei unserer Justiz bestens aufgehoben. Ich halte es – um es milde auszudrücken – nicht für angebracht – egal aus welcher Richtung –, die Leistung, die Unabhängigkeit und die Qualität von Gerichten und Rechtsprechung hier im Parlament oder sonst wo infrage zu stellen. Die Zeiten, in denen Politik bestimmt hat, wie Gerichte handeln sollen, sind aus unserem Land hoffentlich für immer verschwunden und gehören der Vergangenheit an.

Ich sage auch ganz klar: Aufgabe des Parlaments ist es auch nicht, Menschen – jetzt speziell diese Menschen – im Extremismus zu verorten. Ich gestatte mir als Parlamentarier aber auch eine politische Aussage – es ist eine politische Aussage an alle hier im Hohen Haus, aber auch an die sogenannte Last Generation: Sie werden die Menschen nicht vom Klimaschutz überzeugen, indem Sie Kunstwerke verschandeln oder Menschen in Zwangsstaus zwingen oder dies gutheißen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Begeisterung für klimabewusstes Handeln geht nur mit der Breite der Bevölkerung. Protest ja, Straftaten nein – ein wesentlicher Grundsatz, eine wesentliche Voraussetzung in einem und für einen Rechtsstaat!

Wir alle – wir hier im Hohen Haus vielleicht noch mehr – wissen um die aktuellen Herausforderungen. Wir wissen, dass diese Herausforderungen gewaltig sind, und wir werden diese Herausforderungen bestehen. Wir werden sie bestehen, aber nicht,

indem wir spalten. Wir brauchen ein Miteinander auch im politischen Diskurs. Das Miteinander in unserem Land wird auf dem Fundament unseres Rechtsstaates erreicht. Ich vertraue weiterhin auf unseren Rechtsstaat und möchte dessen Akteuren für ihre Arbeit herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion gemeldet.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Ländner, "Lasst sie kleben" – so lästern Söder und Aiwanger über die Klimakleber. Das war am 06.11. vor der "PNP".

Was ist, wenn bei einer der nächsten Aktionen, bei der durch solche Klimaaktivisten wieder eine Straße gesperrt wird, wieder jemand zu Schaden kommt? – Teilen Sie da die Ansicht von Herrn Aiwanger und von Herrn Söder?

Sie haben doch gerade erst gesagt: Protest ist das eine, Straftaten sind das andere. Der Herr Söder hat aber klar gesagt: "Lasst sie kleben". – Wenn das eine Straftat ist, wie bringen Sie das unter einen Hut?

(Staatsminister Joachim Herrmann: Reden Sie doch nicht so einen Schmarrn!)

– Lesen Sie doch! Kruzifix!

Manfred Ländner (CSU): Ich glaube, Sie müssten einmal Ihren Antrag durchlesen. Sie haben da verschiedene Forderungen gestellt. Sie müssten dann meine Rede anhören, in der ich ganz klar gesagt habe, dass das, was Sie hier fordern, abzulehnen ist, weil wir Vertrauen in unsere rechtsstaatlichen Fundamente haben. Sie können das gerne noch einmal nachhören. Die Politik muss sich aus der Justiz heraushalten. Das ist Fakt. Das hat die Verfassung so gewollt, und das hat sich seit dem Grundgesetz in den 1940er-Jahren bestens bewährt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ralf Stadler (AfD): Der Ministerpräsident hat gesagt: "Lasst sie kleben"!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nun hat der Kollege Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, hat zu den Klimaaktivist*innen gesagt: "Ich erkenne jedenfalls gegenwärtig nicht, dass sich diese Gruppierung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richtet [...]."

(Lachen bei der AfD – Uli Henkel (AfD): Das Gegenteil ist der Fall!)

Zur unsäglichen Äußerung Dobrindts, in der er die Morde der RAF verharmlost hat, um aus parteipolitischen Gründen politische Gegner*innen zu diffamieren, sagte Haldenwang:

Wenn ich diese Bemerkung von Herrn Dobrindt höre, kann ich nur sagen, aus meiner fachlichen Perspektive: Ich nenne das Nonsens.

Dem kann man nur zustimmen.

(Zuruf: Das ist ein Witz!)

Auch Haldenwangs demokratietheoretische Einordnung ist korrekt: Die "Letzte Generation" sage im Grunde:

Hey, Regierung, ihr habt so lange geschlafen. Ihr, Regierung, müsstet jetzt endlich mal was tun.

Haldenwang erklärt dazu, anders könne man gar nicht ausdrücken, wie sehr man dieses System respektiert, wenn man die Funktionsträger zum Handeln auffordert.

Deutschland hat eine weitreichende Tradition von Sitzblockaden bei Demonstrationen für Frieden, gegen Atomkraft und gegen Rechtsextremisten. Ich selbst habe mich als

Jugendlicher in Passau einem Bus von Rechtsextremisten bei einer Sitzblockade entgegengestellt.

(Unruhe)

Es geht bei diesen Themen im Kern stets um existenzielle Fragen, wie auch jetzt bezüglich des Klimas. Daraus entstanden bisher keine extremistischen Gruppen. Es gibt keine Hinweise, dass das diesmal anders sein sollte.

Eine andere Problematik sehe ich aber schon. Im Internet häufen sich Kommentare wie: "Drübergefahren ghört einfach, dann ist glei a Ruah", oder: "Fahrt sie zusammen, die Trottel", oder: "zsammfahrn tat i's", oder: "Warum Verkehr umleiten? – Ein paar Lkw-Fahrer lösen das schon!" – Das sind Mordaufrufe. Soweit ich diese Sprüche gelesen habe, habe ich sie auch zur Anzeige gebracht. Hier gerät etwas aus den Fugen.

Und daher ist das, was Dobrindt gesagt hat, sehr viel mehr als nur Nonsense, es ist hochgefährlich. – Das, was die AfD hier macht, ist natürlich wie immer schlimmste Hetze.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Hören wir auf, über die Methoden zu streiten! Beginnen wir endlich, darüber zu reden, wie wir die Klimaerhitzung stoppen können! Und vor allem: Beginnen wir endlich mit der Umsetzung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich erteile dem Abgeordneten Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Was soll ich sagen? – Der Dringlichkeitsantrag der AfD mit dem Titel "Bürger schützen – Klimaextremismus verurteilen!" ist ein klassischer AfD-Antrag. Er lässt keine Kenntnis und kein Verständnis der Funktionsweise unseres Rechtsstaats

tes erkennen und stellt populistische Forderungen auf, die an der Realität vorbeigehen. Ich möchte daher meine Antwort möglichst kurz halten, um nicht unser aller Aufmerksamkeit über Gebühr zu binden.

Im Bereich immer extremer werdender Klimaproteste hat unser Rechtsstaat bereits die notwendigen Handlungsbefugnisse. Der Dringlichkeitsantrag ist also überflüssig. Nach dem Legalitätsprinzip des § 152 Absatz 2 der Strafprozessordnung sind die Staatsanwaltschaften verpflichtet, Sachverhalte, die einen Anfangsverdacht für Straftaten begründen, unter allen denkbaren strafrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Daneben ist ein ressortübergreifendes Tätigwerden durch die bestehenden Strukturen gewährleistet. Im Bereich der politisch motivierten Straftaten findet sowohl einzelfallbezogen als auch im Rahmen regelmäßiger Dienstbesprechungen ein reger Austausch der Staatsanwaltschaften, der Polizei und des Verfassungsschutzes statt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an Folgendes erinnern: Unsere Rechtsordnung ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind hohe Rechtsgüter in unserem demokratischen System. Damit sie funktionieren, wurden Grundsätze festgelegt, wie Versammlungen durchgeführt werden können, ohne andere übermäßig in ihren Rechten einzuschränken. Die Polizei sichert die Durchführung solcher Versammlungen. Es ist ein schmaler Grat zwischen erlaubten Versammlungen mit freien Meinungsäußerungen und strafrechtlich relevantem Verhalten. Die Klimabewegung muss aufpassen, dass sie nicht in Klimaextremismus abrutscht. Diese Gefahr sehen auch wir.

Die Klimaaktivisten, die sich außerhalb der Rechtsordnung bewegen, missachten unsere rechtsstaatlichen Grundsätze. Wo Ideologien unabhängig von der Wichtigkeit der dahinterstehenden Ziele über Menschenleben gestellt werden und die Rechtsordnung bewusst mit Füßen getreten wird, ist ein entschiedenes Einschreiten des Staates notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen, da er an der Realität vorbeigeht. Wir befinden uns in kritischen Zeiten; aber unsere rechtsstaatlichen Regelungen bieten den richtigen und ausgewogenen Rahmen, um auf Rechtsübertretungen zu reagieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Hauber. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Hauber, finden Sie es in Ordnung, dass Klimaaktivisten mittels Straftaten eine Bühne im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekommen?

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Nein, das finde ich nicht in Ordnung. Darum ist auch Ihr Antrag überflüssig. Wir hätten heute nicht darüber debattiert.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr gute Antwort! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Meldung zu einer Intervention, nämlich vom fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Hauber, nur damit wir klarsehen, frage ich: Messen Sie mit zweierlei Maß, wenn Sie hier sagen, dass diese Klimaaktivisten zu Unrecht verurteilt werden sollen? Ich meine "verurteilt" im politischen Sinne, also verurteilt durch uns Politiker. Von den Spitzen der Staatsbehörden werden bestimmte Kritiker ganz offiziell als "Staatsdelegitimierer" verurteilt.

In der bayerischen hohen Politik, in der Staatsregierung, gibt es Leute, die sagen, die Querdenker seien Staatsfeinde. Das ist auch eine politische Verurteilung. Wenn man Klimaaktivisten und Querdenker auf die gleiche Stufe stellt, dann ist ihr Handeln doch

dasselbe. Sehen Sie das anders? Natürlich haben wir als Politiker und auch als Parlamentarier die Aufgabe, dem Volk zu sagen, was wir für richtig oder falsch halten. Wenn Klimaaktivisten sich auf die Straße kleben und damit den Verkehr stundenlang blockieren, sodass Rettungsdienste nicht an Unfallstellen kommen und nicht helfen können und damit Unfallopfer sterben, dann ist das Blockieren einer Straße doch ein gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, also ein Verbrechen. Das wissen Sie doch ganz genau.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hauber, Sie haben das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Herr Swoboda, auch darauf eine kurze Antwort: Für die Verurteilung von Straftätern ist nicht der Bayerische Landtag zuständig, sondern die Gerichtsbarkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster hat der Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über Mittel des Protests in einer Demokratie kann man unterschiedlicher Ansicht sein. Blockaden, so sagen die einen, seien ziviler Ungehorsam, aber objektiv gesehen sind es Straftaten. Man muss diese Auffassung nicht unbedingt teilen. Man darf aber auch nicht hergehen und jede Straftat zum Anlass nehmen, sie so zu dramatisieren, wie Sie von der AfD das tun. In der Tat ist das Klimaproblem groß. In der Tat muss man sich an die Fakten halten.

Erster Fakt: Sie schildern es so, als ob diese Blockade in Berlin kausal für den bedauerlichen Tod der Verkehrsteilnehmerin war. Genau das Gegenteil ist der Fall. Der Polizeibericht relativiert diese Auffassung.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wenn Sie jetzt darauf kommen, dass jede Blockade, sei es durch Festkleben oder durch Demonstration, möglicherweise eine terroristische Handlung darstellt, dann führen Sie uns aufs Glatteis – genau dorthin, wo Sie hin wollen, nämlich zu Unterdrückung, Spaltung, Angstmache vor dem, was in der Demokratie wichtig ist, nämlich das Sagen der eigenen Meinung.

Darüber hinaus verhöhnt Ihr Dringlichkeitsantrag all diejenigen, die tatsächlich Opfer von Terroristen geworden sind, egal ob das nun die der Entführer von Hanns Martin Schleyer sind, ob das die Bombenopfer vom Oktoberfest sind oder ob das all diejenigen sind, die bewusst ein Ziel von Straftaten geworden sind, die mit gemeingefährlichen Mitteln durchgeführt wurden. Dass Klimaaktivismus in diesem Zusammenhang als Terrorismus dargestellt wird, hat natürlich auch andere Folgen. Diese Folgen wollen wir nicht. Es ist wichtig, diesen Diskurs gesellschaftlich zu führen und klarzumachen, dass dieses Instrument aus meiner und unserer Sicht wenig tauglich ist, einen Konsens für die Klimapolitik herzustellen. Es ist aber vollkommen ungeeignet, derartige Verhaltensweisen von vornherein zu kriminalisieren, wie es diejenigen tun, die möglicherweise selbst am Sturm auf den Reichstag teilgenommen haben und sich dann entsprechend auf die Schulter klopfen. Das sind doch die Maße, mit denen Sie messen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie sind doch diejenigen, die mit der Rechtsordnung beliebig nach Ihrem Geschmack umgehen, wie es Ihnen gefällt. Deswegen ist Ihr Dringlichkeitsantrag abzulehnen, und zwar dem Grunde nach, der Höhe nach und auch schon deswegen, weil er von Ihnen stammt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Wunsch wäre es, dass die AfD mit der gleichen Entschlossenheit, die in diesem Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck zu kommen scheint, gegen die Straftäter in ihren eigenen Reihen vorgehen würde

(Andreas Winhart (AfD): Du spinnst doch!)

oder sich gegen die zahllosen Mitglieder ihrer Fraktion richten würde, die laufend mit entwürdigenden Äußerungen und entsprechendem Verhalten auffallen. Damit wäre allen geholfen, wenn Sie mit der gleichen Entschlossenheit dafür sorgen würden, dass das unterlassen wird.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Dringlichkeitsantrag und zum Thema im Allgemeinen sagen. Natürlich stehen wir zum Recht auf Meinungsfreiheit und zum Demonstrationsrecht als elementaren Bestandteilen unserer Demokratie, die wir alle jederzeit verteidigen. Wir müssen auch Demonstrationen, die Sie organisieren, nicht nur aushalten, sondern auch da und dort schützen. Das tun wir auch, ganz bewusst und mit Überzeugung.

Wir erwarten aber völlig unabhängig von der inhaltlichen Meinungsäußerung und Überzeugung, für die demonstriert wird, dass da, wo Straftaten begangen werden, eine entschlossene und schnelle Reaktion der im Staat berufenen Organe erfolgt. Das sind Polizei, Staatsanwaltschaft und zum Schluss die Gerichte, die nach unserer Überzeugung die notwendigen Instrumente und den notwendigen Strafraum zur Verfügung haben, um angemessen gegen solche Überschreitungen der Regeln der Meinungsfreiheit und des Demonstrationsrechtes vorzugehen.

Welche Delikte gegebenenfalls bewertet werden müssen, entscheiden nicht wir hier im Landtag, sondern das ist Aufgabe der Staatsanwaltschaften und letztlich der Strafgerichte. Dazu brauchen wir die Behörden und die Richter. Wir brauchen ihnen vor allem

keine Hinweise und schon gar nicht irgendwelche Maßnahmen und Strategien an die Hand zu geben. Davor warne ich sehr.

Hinweise der AfD-Fraktion, wie die Behörden, die Polizei, die Staatsanwaltschaften und vor allem die Strafgerichte zu reagieren haben, sind verfehlt. Das ist nicht unsere Aufgabe. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Staatsminister Joachim Herrmann für die Staatsregierung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer fast zweimonatigen Sommerpause sind seit Oktober dieses Jahres wieder zunehmende Aktionen der sogenannten klimaaktivistischen Szene in ganz Europa festzustellen. In Deutschland ist hier neben Berlin gegenwärtig vor allem die Landeshauptstadt München betroffen. Ziel der Klimaaktivisten ist es, durch möglichst reißerische Aktionen eine hohe mediale Aufmerksamkeit zu generieren und damit Druck auf die Politik auszuüben.

Klar ist: Man darf in unserem Land selbstverständlich demonstrieren, und man darf sich intensiv für die Ziele des Klimaschutzes einsetzen. Friedliche Demonstrationen sind ein wichtiges und im Grundgesetz verbürgtes Instrument demokratischer Mitwirkung.

Aber auch dieses Grundrecht findet seine Grenzen nach der Verfassung. Dort heißt es: Geschützt ist die Versammlungsfreiheit, die Versammlung friedlich und ohne Waffen. Dies kann eben nicht als Rechtfertigung für andere Straftaten herangezogen werden. Unangemeldet Straßen zu blockieren, für stundenlange Staus zu sorgen, vorsätzlich Sachbeschädigungen herbeizuführen und Hausfriedensbrüche zu begehen, gehört eben nicht zur freien Meinungsäußerung, sondern das sind Straftaten, die absolut inakzeptabel sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es kommt hinzu, dass solche Aktionen sehr schnell gefährlich und mitunter lebensgefährlich werden können. Daher wird die Polizei alle relevanten Straftatbestände konsequent anzeigen. Das Weitere haben dann die Staatsanwälte und Richter zu entscheiden.

Trotz einer intensiven Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden werden sich auch zukünftig nicht alle Aktionen von organisierten Kleingruppen von vornherein verhindern lassen. Wichtig ist allerdings, dass strafbare Aktionen nicht ohne Folgen bleiben.

Auch in präventivpolizeilicher Hinsicht handeln wir. Das Polizeiaufgabengesetz sieht, wie übrigens auch die Polizeigesetze mehrerer anderer Länder, die Möglichkeit vor, im Rahmen der Gefahrenabwehr Personen in Gewahrsam zu nehmen. Dies bedarf, ganz klar, jeweils einer richterlichen Anordnung. Zu betonen ist dabei aber, dass es stets auf den Einzelfall ankommt. Eine Prüfung des Gewahrsams hat strikt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen. Dies gilt insbesondere für die Dauer der Maßnahme.

Ich will das am Beispiel des Geschehens vom vergangenen Montag beschreiben mit den Blockaden zunächst am Montagvormittag gleich drüben auf der Luitpoldbrücke und dann an gleicher Stelle am Montagnachmittag. In der Nacht hat dann der zuständige Ermittlungsrichter entschieden. Er hat einen der Aktivisten sofort wieder auf freien Fuß setzen lassen, einen für einen weiteren Tag in Gewahrsam genommen, einen für drei Tage, einen für fünf Tage, einen für sechs Tage, einen für acht Tage und drei für elf Tage. Das war die differenzierte Entscheidung des dafür zuständigen Ermittlungsrichters.

Es steht mir wie übrigens auch bei den Tausenden anderen richterlichen Entscheidungen in diesem Staat überhaupt nicht zu, darüber zu befinden, ob ich das für richtig halte oder ob man das auch anders hätte machen können. In unserem Rechtsstaat obliegt die unabhängige Entscheidung dem dafür zuständigen Richter, differenziert

nach genauer Prüfung der einzelnen Personen und des Geschehnisses, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich halte es für in der Tat völlig überzogen, in diesem Kontext von Anschlägen oder gar Terror oder was auch immer zu reden. Es sind Straftaten, aber man muss es auch nicht, ich sage jetzt mal, unnötig dramatisieren. Aber man muss auch solchen Leuten klare Grenzen aufzeigen; denn völlig verfehlt ist es auch, wenn solche Aktivisten ihre Aktionen als friedlich deklarieren. Meine Damen und Herren, Hausfriedensbrüche, vorsätzliche Sachbeschädigung mit Schäden in Höhe von mehreren Zehntausend Euro oder die Nötigung anderer Menschen sind eben nicht friedlich. Jedenfalls habe ich ein anderes Verständnis von Frieden, als solche Aktionen durchzuführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Es ist Aufgabe der Polizei und der Justiz, solche Taten konsequent zu verfolgen. Dieser Aufgabe kommen sie auch konsequent nach.

Ich will für die Staatsregierung insgesamt sagen, dass wir das Thema Klimaschutz sehr ernst nehmen. Wir wollen Klimaschutzmaßnahmen weiter voranbringen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Aber ich sage an dieser Stelle auch: Dieses Bemühen um noch mehr Klimaschutz kann keine Straftaten rechtfertigen. Der Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel,

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

und schon gar nicht, lieber Herr Kollege Schuberl, sind Sitzblockaden eine Garantie dafür, recht zu haben. Sie haben an die großartige Tradition solcher Maßnahmen in unserem Land erinnert. Ich möchte heute ausdrücklich gerade in Richtung der Partei der GRÜNEN, die auch aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist, feststellen: Vierzig Jahre nach den Blockaden von Mutlangen müssen leider auch die GRÜNEN

einsehen, dass der Frieden in Europa eben nicht von amerikanischen Raketen, sondern von russischen Raketen bedroht ist. Das ist die historische Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, Sie haben sich schon recht ausführlich geäußert. Nur einen Punkt habe ich vermisst, deshalb meine Frage: Wie bewerten Sie Aktionen von Klimaaktivisten, die für solche Straftaten sogar noch von irgendwelchen Organisationen bezahlt werden? Ist das dann schon organisiertes Verbrechen? Wie bewerten Sie das?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Wenn Sie dazu konkrete Informationen haben, die mir noch nicht vorliegen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sie mir alsbald zuleiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, es gab durchaus auch schon unangemeldete Blockaden durch Landwirte mit ihren Traktoren.

(Andreas Winhart (AfD): Landwirtschaftshasser! Unglaublich!)

Würden Sie es begrüßen, wenn die Polizei in solchen Fällen, wenn sie es vorher weiß, auch beantragt, dass die präventiv in Gewahrsam genommen werden, oder gilt das nur für Klimaaktivist*innen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Auch da kann ich Ihnen nur sagen,

(Zuruf)

wenn Sie weitere Kenntnisse haben, teilen Sie sie mit. Ich habe aufgrund dessen, dass solche Überlegungen auch schon in den letzten Tagen durch die Medien gegeistert sind, ausdrücklich meine Polizeiabteilung um Recherchen gebeten, was uns dazu bekannt ist. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Jedenfalls die größeren Demos von landwirtschaftlicher Seite, die uns aus den letzten ein, zwei Jahren bekannt geworden sind – ich weiß nicht mehr genau den Zeitraum, den wir überprüft haben –, waren angemeldet.

Darauf will ich noch mal hinweisen: Auch wenn Fridays for Future demonstriert und sagt, wir ziehen da mit 2.000 Leuten durch die Ludwigstraße, dann wird die Ludwigstraße für eine angemeldete Demonstration gesperrt. Das ist unser geltendes Versammlungsrecht. Es ist nicht so, dass jeder, der auf einer Straße demonstriert, damit eine Straftat begeht. Aber Sie müssen es in der Tat anmelden. Das ist das Gesetz, das übrigens in diesem Punkt in allen 16 Bundesländern gleich ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb darf man das nicht in einen Topf werfen. Das ist meine Aufgabe als Innenminister und unsere Aufgabe in der bayerischen Polizei. Egal ob da Pegida kommt oder Klimaaktivisten kommen usw., jeder darf in unserem Land demonstrieren, aber jeder muss sich an unsere Gesetze halten. Dafür hat nämlich dieses Parlament Gesetze beschlossen, nicht dafür, dass sie zu jedermanns Disposition stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will das ausdrücklich sagen, weil ich es genau habe überprüfen lassen: In der Tat hat es auch unangemeldete landwirtschaftliche Demonstrationen gegeben. Die haben aber nach unseren Feststellungen nicht zu Blockaden geführt. Wir gehen der Sache sehr genau nach.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/25138 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Abgeordneten Klingen (fraktionslos), Bayerbach (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Sauter (fraktionslos), die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur vorhin verschobenen namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sofortprogramm Klimaschutz – Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen", Drucksache 18/25136. Wir führen diese in der alten, aber nach wie vor funktionierenden Form mit Karte durch. Ich eröffne die Abstimmung für die Dauer von fünf Minuten. Es gibt Boxen an den Ausgängen und eine Box am Rednerpult.

(Namentliche Abstimmung von 18:33 bis 18:38 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen in Kürze mitgeteilt. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich die Sitzung jetzt fortsetzen. Ich bitte

Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen, die Gespräche einzustellen oder außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen. –

(Alexander König (CSU): Wenn wir das möglichst schnell machen, sparen wir uns Zeit!)

Herr König sagt, wenn wir das möglichst schnell machen, sparen wir einen Haufen Zeit. Ich zitiere das sehr gerne und übernehme das. Also, 90 % wären bereit.

(Zurufe)